

Antragsteller: UB Bremen-Stadt

Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Land Bremen möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

A4: Jedermannsrecht: Freies Zelten ermöglichen!

1 Wir fordern die Einführung eines bundesweiten Jedermannsrechtes, welches allen Menschen
2 Recht auf die Nutzung der Natur gibt. Dadurch sollen Aktivitäten wie Zelten unter folgenden
3 Bedingungen erlaubt ist:

- 4 • die Übernachtung findet maximal eine Nacht am Stück statt. Für Gruppen ab 5 Perso-
5 nen ist eine Erlaubnis des Besitzers erforderlich.
- 6 • ein Mindestabstand zu bewohnten Gebäuden muss eingehalten werden.
- 7 • Agrarnutzflächen und Naturschutzgebiete dürfen nicht genutzt werden. Für letztere
8 können Ausnahmen etabliert werden, solange es der Schutzzweck erlaubt.
- 9 • Im Sinne des Brand- oder Tierschutzes kann diese Regelung für bestimmte Flächen
10 und/oder Zeiträume eingeschränkt werden.

11

12 Begründung:

13 Die Natur gehört uns allen! Jeder Mensch muss das Recht haben, die Natur vollkommen zu
14 genießen. Dazu gehört eben nicht nur ein Durchgehen zum Verweilen, sondern auch die Mög-
15 lichkeit der Übernachtung.

16 Viele skandinavischen Staaten machen es bereits vor: Diese haben bereits seit langem er-
17 kannt, wie wichtig die gemeinsame Nutzung und das Respektieren der Natur ist.

Antragsteller: UB Bremen-Stadt

Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Land Bremen möge beschließen:

A5: Damit der Freizeitort nicht vom Einkommen der Eltern abhängt: Freikarte für freien ÖPNV!

1 Die Freikarte ist ein bremisches Vorzeigeprojekt für kulturelle und soziale Teilhabe von Kin-
2 dern aller Schichten. Handlungsbedarf besteht jedoch weiterhin, denn häufig korreliert der
3 Geldbeutel der Eltern mit der Mobilität innerhalb des Landes Bremen.

4

5 Die Freikarte soll zukünftig nicht nur über ihr Guthaben verfügen, sondern zusätzlich als bre-
6 menweite Karte für den ÖPNV fungieren. Sie soll die gleiche Funktion wie das “Jugend-Frei-
7 zeit-Ticket” besitzen, das derzeit 174€/Jahr oder 22€/Monat kostet und montags bis freitags
8 zwischen 14:00 und 3:00, Samstag und Sonntag ganztägig gilt. Dabei gilt die Freikarte als
9 Fahrkarte und ist bei der Fahrt mitzuführen.

10 Trotzdem halten wir an dem Konzept eines ticketlosen und umlagefinanzierten ÖPNV fest.

11

Begründung:

12 Soziale Teilhabe hört nicht bei dem Guthaben für Kultur- und Freizeitangebote auf. Schließ-
13 lich müssen diese erreicht werden. Doch die hohen Ticketpreise und das Fehlen eines 29€-Ti-
14 ckets für Schüler*innen und Azubis erschweren soziale Gerechtigkeit. Sobald das Freizeit-
15 angebot nicht vor der Tür ist, muss auf den leider immer noch nicht ticketlosen ÖPNV zurück-
16 gegriffen werden. Das ist, insbesondere für Familien, teuer und erschwert eine Vielzahl an
17 Ausflügen im bremischen Stadtgebiet. Um hier gleiche Chancen zu schaffen, soll die Frei-
18 karte die monetäre Bewegungsfreiheit ermöglichen.

Antragsteller: UB Bremen-Stadt

Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen.

Der Landesparteitag der Bremer SPD möge beschließen.

A6: Situationen von Schulabgänger*innen aus Bedarfsgemeinschaften verbessern! – Zukunftschancen schaffen!

1 Wir fordern den Bremer Senat und die SPD Bürgerschaftsfraktion auf, sich dafür einzusetzen,
2 dass junge Erwachsene (bis 25 Jahre) aus Bürgergeld-Haushalten ihr Einkommen aus Mi-
3 nijobs und Ferienjobs anrechnungsfrei behalten dürfen, ohne dass es auf das Bürgergeld ange-
4 rechnet wird. Dies soll auch für Schulabgänger*innen in der Übergangszeit bis zum nächst-
5 möglichen Studien- oder Ausbildungsbeginn gelten. Die Höhe der Freibeträge soll identisch
6 mit denen für Schüler*innen sein, die maximale Dauer soll sich hierbei an den Ferienzeiträu-
7 men von Schüler*innen orientieren.

8 Zudem sollen Schüler*innen im Alter von 15 Jahren Informationen per Post über die Freibe-
9 träge von Minijobs erhalten. Flyer, die über die Möglichkeiten von Beschäftigungen informie-
10 ren, sollen an Schulen ausgelegt werden. Junge Erwachsene haben Anspruch auf eine persön-
11 liche Beratung durch eine*n Berater*in der Jugendberufsberatung, auch diese Information
12 sollte breiter kommuniziert werden.

13

Begründung:

15 Durch die Einführung des Bürgergeldes hat sich zwar der Freibetrag bei Minijobs und Ausbil-
16 dungsverhältnissen für Jugendliche erhöht. Trotzdem gibt es für Jugendliche Hemmnisse,
17 nach dem Verlassen der Schule eine Beschäftigung aufzunehmen. Denn junge Erwachsene in
18 Haushalten mit Bürgergeldbezug, die gerade ihre schulische Ausbildung beendet haben, sind
19 immer noch Teil der Bedarfsgemeinschaft. Vielen jungen Menschen, die beispielsweise nach
20 der Schule zunächst Geld für einen Auszug oder ein Studium sammeln möchten, wird ein
21 Start in das Berufsleben erschwert. Junge Erwachsene sollten sich unabhängig von ihren El-
22 tern weiterentwickeln können. Vor allem wenn die Eltern nicht mal die finanziellen Mittel ha-
23 ben, um ihren Kindern ein Studium oder einen Umzug zu ermöglichen. Junge Erwachsene ha-
24 ben zudem oftmals die Befürchtung, ihren Eltern mit ihren beruflichen Wünschen zur Last zu
25 fallen, deshalb sollten wir ihnen auch die Möglichkeit bieten, sich zu verwirklichen.

Antragsteller: UB Bremen-Stadt

*Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen.
Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen.*

**A7: Anträge mit landespolitischen Bezug
nicht auf dem BuKo behandeln!**

1 Jedes Jahr setzen sich die Jusos mit einer Vielzahl von Anträgen auseinander, um die Be-
2 schlusslage auf Bundesebene weiterzuentwickeln. Bei der Durchsicht der Anträge wird dabei
3 immer wieder deutlich, dass viele Anträge zum Bundeskongress geschickt werden, die sich
4 nicht nur mit Bundesthemen beschäftigen, sondern auch an vielen Stellen landespolitische
5 Forderungen thematisieren.

6
7 Hinsichtlich der ohnehin großen Anzahl von Anträgen ist dies immer wieder ein eigentlich
8 leicht zu verhinderndes Ärgernis, denn immerhin soll es auf dem Bundeskongress um Anträge
9 gehen, die alle Landesverbände und Bezirke betreffen. Die Ausfinanzierung des Jugendfreizi
10 in Findorff oder die Forderung an den Bremer Senat, den Ausbildungsfonds schneller umzu-
11 setzen, sind auf dem BuKo eher fehl am Platz. Das muss nicht heißen, dass es schlechte For-
12 derungen sind, nur gehören sie auf eine andere Ebene.

13
14 Es gehört deswegen zum guten Ton, solche landespolitischen Bezüge anzupassen, bevor man
15 Anträge an den BuKo weiterleitet. Deswegen möge der Bundeskongress beschließen:

- 16 • Anträge erst dann zur Beratung zuzulassen, wenn eindeutig landespolitische Bezüge
17 ohne Relevanz für die Bundesebene von den Antragsteller*innen entfernt oder neu
18 formuliert werden.

Antragsteller: Landesvorstand

Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Land Bremen möge beschließen:

A8: Schluss mit Sozialbetrug – Eine Bezahlkarte für Superreiche!

1 Immer wieder zeigen medienwirksame Berichte, dass Deutschland ein Problem mit einer klei-
2 nen Gruppe von Personen hat, die es nicht für nötig halten, sich an geltendes Recht zu halten.
3 Das betreffende Milieu ist geprägt von einer für Außenstehende merkwürdig anmutenden Pa-
4 rallelkultur und dem starken Bedürfnis, sich nicht in die Mehrheitsgesellschaft zu integrieren.
5 Sie leben abgeschieden in (Elb)Vororten und sehen sich als wirtschaftliche Elite unseres Lan-
6 des. Während der Durchschnittsbürger hart für sein Einkommen arbeiten muss, leben sie vom
7 Vermögen, das ihre Familie auf häufig unlauteren Wegen über die Generationen angehäuft
8 hat.

9

10 An sich scheint dieser Lebensstil kein Problem darzustellen, gilt doch die Devise: Leben und
11 Leben lassen. Doch häufig tritt dieses Milieu durch Kriminalität in Erscheinung, die dem
12 Staat und der gesamten Gesellschaft schaden. Große Vermögenswerte werden ins Ausland ge-
13 bracht, nicht etwa um – wie es sich gehören würde – auf Unterstützung angewiesene Famili-
14 enmitglieder zu unterstützen, sondern um sie vor dem deutschen Fiskus in Sicherheit zu brin-
15 gen!

16

17 Diese nicht tolerierbare Kriminalität stellt ein gewaltiges Problem dar, sind in Deutschland
18 Vermögen doch sowieso schon ungerecht verteilt und Kapitalerträge gegenüber Arbeitsein-
19 kommen unfair besteuert. Der Staat soll sparen auf Kosten der Allgemeinheit und der Men-
20 schen, die am meisten Unterstützung benötigen und gleichzeitig gehen dem deutschen Staat
21 durch Steuerhinterziehung 100 Milliarden Euro verloren.

22

23 Diesen Zuständen muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden, der Staat darf sich nicht
24 länger auf der Nase herumtanzen lassen! Um dem Problem der Steuerhinterziehung und dem
25 Verschieben von Vermögenswerten ins Ausland endlich ein Ende zu bereiten, fordern wir die
26 Einführung einer Bezahlkarte für Superreiche. Diese soll andere Zahlungsmethoden komplett
27 ersetzen.

28

29 **Diese Bezahlkarte soll nach den folgenden Kriterien ausgestaltet werden:**

30

- 31 • Pro Monat sollten maximal 50€ abgehoben werden können. Dieser Betrag ist für den
32 Lebensstil eines durchschnittlichen Superreichen vollkommen ausreichend. Zudem
33 wird so Geldwäsche vorgebeugt.
- 34 • Überweisungen ins Ausland oder an Briefkastenfirmen sollen nicht möglich sein, um
35 Steuerhinterziehung zu verhindern.
- 36 • Online Einkaufs- und Bezahlvorgänge sowie Transaktionen über das Internet sollen
37 grundsätzlich nicht möglich sein. Superreiche können Online-Plattformen nutzen, um
38 Geldwäsche, Steuerhinterziehung oder andere illegale Aktivitäten zu betreiben.
- 39 • Die Bezahlkarte soll nur den Kauf von in Deutschland hergestellten Gütern ermögli-
40 chen. Dies wäre auch ein Beitrag für die regionale Wirtschaft: Yachten nur noch von
41 der Meyer-Werft und statt Champagner nur noch Sekt aus dem Rheinland.
- 42
- 43 Neben der Bezahlkarte sollten weitere Maßnahmen geprüft werden. Dazu gehört eine Resi-
44 denzpflicht über die Sommermonate, um das Überlaufen von Sylt zu verhindern und der ein-
45 heimischen Bevölkerung das Klientel mit seltsamen Sitten zu ersparen, sowie eine Arbeits-
46 pflicht, um die Superreichen dazu zu bringen, einen sinnvollen Beitrag für die Gesellschaft zu
47 leisten, der sie so viel verdanken.
- 48

Antragsteller: UB Bremen-Nord

Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Land Bremen möge beschließen:

A9: Barrierefreie Räumlichkeiten bei allen SPD-Veranstaltungen

1 Für sämtliche Veranstaltungen der SPD Land Bremen und all ihrer Gliederungen sollen ver-
2 pflichtend barrierefreie Räumlichkeiten genutzt werden. Aktuell genutzte Räumlichkeiten sol-
3 len auf Barrierefreiheit überprüft werden. Falls keine Barrierefreiheit gegeben ist, ist dieser
4 Umstand, wenn möglich, zu beheben, ansonsten sind baldmöglichst andere Räumlichkeiten
5 zu nutzen.

6

7 Begründung:

8 Die SPD hat sich selbst der Inklusion verpflichtet, daher muss diese auch innerparteilich ge-
9 lebt werden. Antrag A8 (Barrierefreie Büroräume von Fraktion und Partei) der 2. Bremer
10 Juso-Landesmitgliederversammlung 2023 hat daher korrekterweise die mangelnde Barriere-
11 freiheit der Räumlichkeiten der Bürgerschaftsfraktion und des Parteibüros bemängelt und eine
12 Verbesserung gefordert.

13 Auf dieser Forderung aufbauend sollte Barrierefreiheit auch für sämtliche weiteren Räumlich-
14 keiten, die für Veranstaltungen und Versammlungen jeglicher Art der SPD Land Bremen ge-
15 nutzt werden, verpflichtend sein.

Lied

DIE INTERNATIONALE

Wacht auf, Ver-damm-te die-ser Er-de, die stets man noch zum Hun-ger
 zwingt! Das Recht, wie Glut im Kra-ter-her-de, nun mit Macht zum Durch-bruch
 dringt. Rei-nen Tisch macht mit dem Be-drän-ger, Herr der
 Skla-ven, wa-che auf! Ein Nichts zu sein, trägt es nicht
 län-ger, al-les zu wer-den, strömt zu-hauf! Völ-ker, hört die Sig-
 na-le, auf zum letz-ten Ge-fecht! Die In-ter-na-tio-na-le er-
 kämpft das Men-schen-recht! Völ-ker hört die Sig-na-le, auf zum letz-ten Ge-
 fecht! Die In-ter-na-tio-na-le er-kämpft das Men-schen-recht!

2. Es rettet uns kein höh'eres We-sen, kein Gott, kein Kaiser noch Tri-bun.
 Uns aus dem Elend zu er-lö-sen, können wir nur selber tun.
 Leeres Wort: Des Armen Rechte! Leeres Wort: Des Reichen Pflicht!
 Un-mündig nennt man uns und Knechte! Duldet die Schmach nun länger nicht! Völker hört ...
3. In Stadt und Land, ihr Arbeits-leu-te, sind wir die stärkste der Par-tei-n.
 Die Müßiggänger schiebt bei-sei-te! Diese Welt muß unser sein!
 Unser Blut sei nicht mehr der Raben und der nächt'gen Geier Fraß!
 Erst wenn wir sie vertrieben haben, dann scheint die Sonn' ohn' Unter-laß! Völker hört ...